WP-01-K3-989

Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Jürgen Blümer (KV Warendorf)

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Von Zeile 988 bis 990 einfügen:
Maßnahmen, die Russlands militärischen Sieg verhindern, den ökonomischen Druck auf das Regime erhöhen und unsere eigene Handlungsfähigkeit wahren. Daher setzen wir uns insbesondere dafür ein, dass die Sanktionen gegen Russland auf alle Bereiche der Atomwirtschaft ausgedehnt werden. Wir reichen denjenigen Russ*innen die Hand, die sich als Teil der demokratischen

Begründung

Aus Daten des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz geht hervor, dass trotz des Ukrainekriegs 2024 mindestens 68,6 Tonnen Uran aus Russland nach Deutschland importiert worden, fast 70 Prozent mehr als im Jahr 2023. hervor.

Das Uran stammt von zwei Tochterfirmen des russischen Atomkonzerns Rosatom. Geliefert wurde das für den Betrieb von Atomkraftwerken bestimmte Material an die Brennelementefabrik der Firma Advanced Nuclear Fuels (ANF) im niedersächsischen Lingen.

Die Kooperation des französishen Unternehmens Framatom, dem Mutterkonzern von ANF, mit Rosatom hat zum Ziel, dauerhaft russische Reaktortypen mit dem nötigen Brennstoff zu versortgen. Diese Kooperation hat - wie die Gasversorgung über Gazprom - das Potential, wirtschaftliche Abhängigkeiten zu schaffen, die Frankreich, Deutschland und Europa geostrategisch zum Spielball des Kreml zu machen.

Das Ziel Deutscher und Europäicher Energie- und Klimapolitik muss die Unabhängigkeit von Regimen wie China und Russland sein sowie der globale Umstieg auf erneuerbare Energien.

Atomfabriken in Deutschland dagegen benötigen eine Ausstiegsperspektive aus ihrem Geschäftsmodell. Atomenergie als komplexe, zentralistische, risikobehaftete Technologie steht im Widerspruch zu einer klimagerechten, nachhaltigen, globalen Energieversorgung unter selbstwirksamer Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.

weitere Antragsteller*innen

Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Burkhard Köppen (KV Traunstein); Ulrich Nicklaus (KV Steinfurt); Gabriele Siegert (KV Duisburg); Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel); Finn Schwarz (KV Tübingen); Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen); Christian Masser (KV Südliche Weinstraße); Holger Wenner (KV Warendorf); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Anja Beiers (KV Warendorf); Sebastian Köhler (KV Steinfurt); Tim Lautner (KV Münster); Eleonore Grabowski (KV Wesel); Birgitta Tremel (KV Schwerin); Cornelia Stump (KV Bad Dürkheim); Horst Bäuml (KV Bad Dürkheim); Gabriele Raasch (KV Ludwigslust-Parchim); Friederike Benjes (KV Heidelberg); sowie 36 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.